



**Arbeit fair teilen.
30 Std./Woche sind
genug.**

**Gute Arbeit braucht
Arbeitszeitverkürzung.**

Aus der Enzyklika Laudato si', Papst Franziskus:

128. Seit unserer Erschaffung sind wir zur Arbeit berufen. Man darf nicht danach trachten, dass der technologische Fortschritt immer mehr die menschliche Arbeit verdränge, womit die Menschheit sich selbst schädigen würde. Die Arbeit ist eine Notwendigkeit, sie ist Teil des Sinns des Lebens auf dieser Erde, Weg der Reifung, der menschlichen Entwicklung und der persönlichen Verwirklichung.

**Gute Arbeit braucht gute Bedingungen.
Gute Arbeit braucht Erholungszeiten.**

Katholische Arbeitnehmer/innen Bewegung Österreich
A – 1010 Wien • Spiegelgasse 3/2/6 • Tel.: 01 / 51552 – 3350
eMail: kab.office@kaoe.at • www.kaboe.at • DVR: 0029874(028)

Forderung nach 30h/Woche Normalarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Die Forderung der KAB Österreich für eine kollektive Arbeitszeitverkürzung und die schrittweise Einführung einer „30-Stunden-Woche“, um Arbeitslosigkeit abzubauen und das Erwerbsarbeitsvolumen fair zu verteilen, wird immer drängender.

Sowohl in Deutschland, als auch in Österreich sprechen sich immer mehr SoziologInnen und WirtschaftswissenschaftlerInnen für eine Reduktion der Normalarbeitszeit aus. So haben in Deutschland im Jahre 2013 mehr als 200 WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen als eines der Instrumente im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit die „30-Stunden-Woche“ gefordert, da ihrer Meinung nach ohne Arbeitszeitverkürzung nie wieder eine Vollbeschäftigung zu erreichen sein wird. In diesem Zusammenhang stellt z. B. Heinz-Josef Bontrup, Wirtschaftsrechtler an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen fest, dass, wenn alle weniger arbeiten, mehr Leute eingestellt werden könnten.

Viele ExpertInnen sagen voraus, dass die rasante Entwicklung der Informationstechnologie und weitere Automatisierungen der Produktionsprozesse menschliche Arbeit ersetzen wird und in diesem Bereich praktisch keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden können. Der diesbezügliche Zuwachs an Produktivität müsste umgehend den Erwerbstätigen durch Arbeitszeitverkürzung zugutekommen. Andererseits müssten sie durch weiter steigende Arbeitslosigkeit die negativen Folgen tragen. Eine aktuelle Studie des Weltwirtschaftsforums sagt aus, dass bis 2020 durch „Industrie 4.0“ 5 Mio. Arbeitsplätze verschwinden.

Bei der Diskussion über Arbeitszeitverkürzung geht es aber auch darum, die gesellschaftlichen Anforderungen unter einen Hut zu bringen. Die Fragen nach Gesundheit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Kindererziehung, Lebens- und Freizeitqualität sowie die Erhaltung der Leistungsfähigkeit spielen dabei eine wichtige Rolle.

Die derzeitige arbeitszeitpolitische Realität wird den Ansprüchen vieler ArbeitnehmerInnen nicht mehr gerecht. Dies zeigt vor allem der Arbeitsklima-Index sowie die Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria, wonach viele ArbeitnehmerInnen über zu lange Arbeitszeiten, die durch Überstundenarbeit noch verschärft werden, klagen.

Angesichts der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, der Unterbeschäftigung und des Prekariats bei vielen ArbeitnehmerInnen und der Ungleichverteilung von unbezahlter Arbeit und Erwerbsarbeit brauchen wir eine neue gesamtgesellschaftliche Initiative für die Diskussion und Umsetzung von Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsumverteilung und Zeitsouveränität.

Die Umsetzung einer 30-Stunden-Woche und die Umverteilung von Arbeit, Zeit und Einkommen ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt, in dem viele gesellschaftliche AkteurInnen und die Zivilgesellschaft insgesamt eingebunden werden müssen. Erforderlich ist auch eine breite Unterstützung aus Politik, von Sozial- und Umweltorganisationen sowie Kirchen, um eine kollektive Arbeitszeitverkürzung umsetzen zu können. Die KAB verpflichtet sich, ihr eigenes Handeln daraufhin zu überprüfen.

Für eine umfassende Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit (Senkung Tagesarbeitszeit, längere zusammenhängende Freizeit, weniger Pendelverkehr, etc.)!

Heute spielt sich alles nach den Kriterien der Konkurrenzfähigkeit und nach dem Gesetz des Stärkeren ab, wo der Mächtigere den Schwächeren zunichtemacht. Als Folge dieser Situation sehen sich große Massen der Bevölkerung ausgeschlossen und an den Rand gedrängt: ohne (Erwerbs-) Arbeit, ohne Aussichten, ohne Ausweg. (Evangelii Gaudium, 53)

Im Jahr 2015 waren in Österreich 951.034 von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das ein Plus von 28.647 Personen bzw. 3,1%. Hier werden alle Personen gezählt, die 2015 mindestens einen Tag arbeitslos gemeldet waren. *(Sozialbericht 2015-2016 des BMASK)*.

Wie in den vergangenen Jahren stiegen 2015 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit parallel, da der Zuwachs an Beschäftigung nicht mit dem Anstieg des Arbeitskräfteangebots Schritt halten konnte. Diese parallele Zunahme von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit setzte sich auch im 2016 fort. *(Sozialbericht 2015-2016 des BMASK)*

Ende Februar 2017 waren inkl. SchulungsteilnehmerInnen 475.786 Personen arbeitslos; das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr gleichbleibende Werte *(arbeitslos vorgemerkte Personen und SchulungsteilnehmerInnen laut AMS 1.3.2017)*.

Ende Feb. 2017 waren beim AMS 38.534 offene Stellen gemeldet.

Die Arbeitslosenquote nach EUROSTAT beträgt Ende Dez. 2016 5,7 % die Jugendarbeitslosigkeit 10,5 %. *(letztverfügbarer Monatswert lt. Eurostat Dez. 2016 - Abfrage 28.2.2017)*

Die derzeitige Situation am österreichischen Arbeitsmarkt führt zu einer notwendigen Diskussion um eine Reduzierung der Normalarbeitszeit auf 30h/Woche bei vollem Lohnausgleich.

672.000 Österreicher haben 2015 Überstunden geleistet, das waren 19 Prozent der 3,5 Millionen unselbstständig Beschäftigten. Seit der Finanzkrise des Jahres 2008 ist die Zahl der Überstunden stetig zurückgegangen, zeigen Zahlen der Statistik Austria. Über- beziehungsweise Mehrstunden werden fast drei Mal so oft von Männern wie von Frauen geleistet.

2007, im letzten Jahr vor der Finanzkrise, leisteten 806.000 Unselbstständige in Österreich Überstunden, das waren damals 24,2 Prozent der unselbstständig Erwerbstätigen. Bei den Männern lag der Anteil knapp über 30 Prozent (547.000 Betroffene) bei Frauen bei 17 Prozent (258.000). Weder absolut noch anteilig wurden diese Werte seither wieder erreicht. *(Die Presse 13.02.2017)*

2015 ist die Teilzeitquote auf insgesamt 26,9 % gestiegen. Bei den Frauen liegt sie bei 46,3 %, bei Männern bei 9,6 %. *(Eurostat: New Cronos, Stand 29.4.2016)*

Auch wegen der hohen Quote von Frauen in Teilzeit und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und den dabei erzielten Stundenlöhnen, die deutlich hinter jenen von Vollzeit-Beschäftigten liegen, ist Armut bis ins Alter hineinreichend vor allem weiblich. In Österreich verdienen Frauen im Durchschnitt aller Beschäftigten in der Privatwirtschaft um 22,9 % weniger als Männer (Statistik Austria, Gender Statistik). Österreich liegt damit hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Verdienstunterschiede in der EU an zweiter Stelle. Der ungleichen Verteilung der Erwerbsarbeit (die meisten Männer arbeiten Vollzeit und viele von ihnen leisten Überstunden, fast die Hälfte der Frauen arbeiten Teilzeit) entspricht die ungleiche Verteilung von unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern: insgesamt wird die unbezahlte Arbeit zu zwei Drittel von Frauen erbracht, bei erwerbstätigen Frauen liegt der Anteil immer noch bei 62,6 %.

Die KAB setzt sich für das Leitbild einer Tätigkeitsgesellschaft¹ ein, d.h. alle Formen der menschlichen Arbeit wie Erwerbsarbeit, Privatarbeit und Gemeinwesenbezogene Arbeit, sind gleichwertig und müssen zur Selbstentfaltung und Selbstbestimmung der Menschen beitragen. Eine umfassende Arbeitszeitpolitik und die Forderung nach kollektiver Arbeitszeitverkürzung sind zentrale Bausteine zur Umsetzung der Tätigkeitsgesellschaft und zur Verwirklichung einer gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen an allen Formen der menschlichen Arbeit. Die Effekte der Arbeitszeitverkürzung müssen insbesondere denjenigen zugutekommen, die vom

Arbeitsmarkt ausgeschlossen bzw. von Unterbeschäftigung und prekärer Arbeit betroffen sind. Die Umverteilung von Erwerbsarbeit ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Männer und Frauen sich gleichberechtigt Erziehung- und Pflegearbeit teilen können und Zeit haben für Muße und gemeinwesenbezogenes Engagement. Ziel aller Tätigkeiten muss das Gemeinwohl für alle sein.

Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung sind wichtige Bausteine für den Erhalt und die Verbesserung der Gesundheit von Beschäftigten, denn lange Arbeitszeiten machen krank. Deshalb muss die Einführung der 30-Stunden-Woche mit vollem Personalausgleich verbunden werden, damit es nicht zu einer weiteren Verdichtung der Arbeit kommt und Belastungen durch die Arbeit vermieden werden.

Ein wirksames Mittel, um Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung abzubauen, ist die Schaffung von „guter Arbeit“ in nachhaltigen Wirtschaftssektoren. Wir brauchen eine Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die in personennahe Dienstleistungen investiert und den Ausbau von öffentlicher Beschäftigung insbesondere in den Bereichen Bildung, Erziehung, Gesundheit- und Altenpflege und den ökologischen Umbau fördert.

Im Sinne von gerechter Verteilung von Einkommen und Vermögen und der Finanzierung obiger Forderungen ist es erforderlich, dringend neue Modelle zu entwickeln. In Zeiten steigender Automatisierung muss verstärkt die Wertschöpfung als Finanzierungsbasis herangezogen werden. Auch der Abschöpfung von Vermögenswerten durch das neoliberale Finanzsystem gehört Einhalt geboten („Geld ohne Leistung“).

Deshalb fordert die KAB Österreich eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich,

- weil sich Arbeitnehmer/innen eine umfassende Arbeitszeitverkürzung angesichts des enormen Produktivitätszuwachses in den letzten Jahrzehnten (von 1994 bis 2012: + 23,9%) bei gleichzeitig stagnierender Reallohnentwicklung (Bruttoreallöhne wuchsen zwischen 1994 und 2012 um 5 %, die Nettoreallöhne fielen sogar um 0,5 %) schon erarbeitet haben (Quelle: AK OÖ),
- weil nur mit kürzeren täglichen Arbeitszeiten die traditionelle Rollenverteilung zwischen Frauen und Männern und damit die ungerechte Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit aufgebrochen werden kann,
- weil lange Arbeitszeiten krank machen,
- weil damit Arbeitsplätze geschaffen werden.

Der arbeitsfreie Sonntag ist auch künftig Grundprinzip der Arbeitszeitgestaltung. Ausnahmen von der Sonntags- und Feiertagsruhe bedürfen einer ausdrücklichen, evaluierbaren Regelung der KollektivvertragspartnerInnen.

Bei der Bundeskonferenz am 18.3.2017 in Eisenstadt beschlossen.

¹ KAB Österreich: Positionspapier zur Tätigkeitsgesellschaft: Den Wandel gestalten: Arbeit & Leben neu denken, März 2014

Quellen:

- Arbeit fair teilen! Forderung nach 30h/Woche Normalarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich - "weltfremd", "falsch", "gefährlich" oder ein Gebot der Stunde? , Dr. Richard Wohlgemuth, Leiter Arbeits- und Sozialrecht, AK-Kärnten & KAB-Vorsitzender Kärnten
- Antrag: Für eine umfassende Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit! gpa-djp Regionalforum 2015
- Leitantrag: Gute Arbeit(szeiten), gpa-djp Regionalforum 2015
- Arbeit Fair Teilen – Arbeitsoffensive für deine 30-Stunden-Woche, Antrag, Bundesausschuss April 2014, KAB Deutschlands